

Freihandelsabkommen verhindern, Vorsorgeprinzip in der EU schützen

Der NABU fordert, die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA zwischen der EU und den USA bzw. Kanada und ähnlichen Freihandelsabkommen zu stoppen

Die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen sind weltweit zu spüren und die Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt schreitet in immer schnelleren Schritten voran. Die geplanten Handelsabkommen mit den USA und Kanada geben auf aktuelle Herausforderungen gestrige Antworten und setzen auf Investorenschutz und Freihandel. Dadurch stehen allerdings zahlreiche Errungenschaften der EU-Natur- und Umweltschutzpolitik und mit ihnen das in den EU-Verträgen verankerte Vorsorge- und Verursacherprinzip auf der Kippe. Der Politik fehlen bislang Antworten darauf, wie vergleichsweise hohe Standards zum Beispiel im Chemikalien- und Lebensmittelrecht in der EU mit amerikanischen Praktiken, wie dem hohen Einsatz von Hormonen, Pestiziden, Nahrungszusätzen und gentechnisch veränderten Organismen (GVO), harmonisiert werden sollen.

Durch die beiden Abkommen drohen nicht nur die wachsenden Importe von GVO und Kraftstoffen aus ölhaltigen Teersanden in die Mitgliedstaaten der EU. Es wird auch befürchtet, dass ausgeweitete Klagemöglichkeiten vor privaten Schiedsgerichten es internationalen Investoren ermöglichen, demokratisch beschlossene Gesetze der EU oder ihrer Mitgliedstaaten zu umgehen. Durch ausgeweitete Mitspracherechte großer Unternehmen bei zukünftigen Regulierungsentwürfen könnten hohe Umweltstandards verhindert werden. Es darf nicht dazu kommen, dass zum Beispiel in Zukunft Auflagen in Naturschutz- und Natura-2000-Gebieten als Investitionshemmnisse für Unternehmen gelten, gegen die geklagt werden kann. Damit würde die Politik freiwillig ihren Entscheidungsspielraum massiv einschränken und dem – ohnehin in Brüssel und Berlin großen – Einfluss von Lobbyisten Tür und Tor öffnen.

Der NABU fordert daher:

- Die Verhandlungen zwischen Vertretern der Europäischen Union und den USA zu TTIP müssen gestoppt werden.
- Die Bundesregierung soll das Freihandelsabkommen CETA zwischen der Europäischen Union und Kanada nicht unterzeichnen.
- Die zukünftige Handels- und Investitionspolitik der EU muss dem Schutz von Mensch, Umwelt, Natur und Klima an oberster Stelle verpflichtet sein. Auch die hohen sozialen und arbeitsrechtlichen Standards in der EU müssen gewahrt bleiben. Der alleinige Tunnelblick auf das Wachstum der Wirtschaft ist in dieser Hinsicht nicht zielführend.
- Das Vorsorge- und Verursacherprinzip in der Europäischen Union darf auch in Zukunft nicht durch Freihandelsabkommen gefährdet werden.
- Die politischen Entscheidungsträger in Deutschland und der EU müssen sich von den Freihandelslösungen des letzten Jahrhunderts verabschieden und einen robusten Rechtsrahmen setzen, der es Wirtschaft und Gesellschaft erlaubt, innerhalb der Grenzen unseres Planeten zu produzieren und zu konsumieren. Hohe Standards, klare Kennzeichnungspflichten und Ressourcenverbrauchssteuern dürfen dabei keine Tabus darstellen.

Eingebracht vom NABU-Bundesverband